

WER WIE VIEL VERDIENT

Auf diesen und den folgenden Seiten sind durchschnittlich ausbezahlte Bruttolöhne einzelner Südtiroler Leitbetriebe in den jeweiligen Branchen aufgelistet

Quelle: Handelskammer, Bilanzen von Südtiroler Unternehmen, 2023

REINIGUNG

19.700 €

Reallohn: **+ 7 %**

Entwicklung des Reallohns (Lohnplus minus Inflation) 2014-2023

Beschäftigte eines Reinigungsunternehmens (Symbolbild aus einer Südtiroler Firma): Sie arbeiten in einer Branche, in der tendenziell niedrige Löhne ausbezahlt werden.

Foto: Alexander Alber



TITEL

REZEPTE FÜR MEHR GELD

Zahlen belegen: Südtirol ist ein Billiglohnland.
Was Landesregierung, Unternehmen und Beschäftigte tun
müssen, damit wir endlich zu höheren Löhnen kommen.

von Karl Hinterwaldner

Guter Lohn für gute Arbeit – das ist in Südtirol eher die Ausnahme als die Regel. Die Zahlen zeigen es eindrücklich: Südtirol ist ein Billiglohnland. So verdienen mehr als die Hälfte der Beschäftigten in der Privatwirtschaft weniger als 13 Euro brutto pro Stunde.

Das ist, gemessen an den Lebenshaltungskosten, immens wenig. Das zeigt auch der Vergleich mit den Mindestlöhnen in fünf europäischen Ländern. In Deutschland, Belgien, Holland, Irland und Luxemburg liegen sie zwischen 12,4 und 15,5 Euro. In Südtirol verdient ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung weniger als das. Als das Mindeste, wohlgerneht.

Nun sind Ländervergleiche nicht leicht zu machen. Dennoch sind sich die Menschen in Südtirol weitgehend darin einig, dass die Löhne hierzulande nicht ausreichen. Sie können mit den Lebenshaltungskosten nicht mehr mithalten.

Das bestätigt zum Beispiel Petra Priller von der Caritas-Schuldnerberatung. Sie und ihr Team beraten jährlich rund 1.300 Personen und Familien aus dem ganzen Land, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen schwertun, mit ihrem Geld ans Monatsende zu kommen. Bei den meisten reicht das Einkommen aus ihrer Arbeit nicht aus, um damit ihr Leben zu bestreiten. Der durchschnittliche Lohn der Ratsuchenden, die zu Priller kommen, beträgt 1.400 Euro. Das, sagt sie, sei „eindeutig zu wenig“. Zitat: „Wenn die Leute 900 Euro Miete im Monat zahlen müssen und dazu noch einmal 100 Euro Kondominiums-spesen kommen, gehen 1.000 Euro dafür weg. Und mit 400 Euro springt man heute nicht mehr weit. Gibt es dazu kein Mietgeld oder dergleichen, haben solche Leute ein Problem.“

In Südtirol sind die Lebenshaltungskosten zu hoch und die Gehälter zu niedrig. Dem sei entgegenzuwirken, sagt Petra

Priller. Wie? „Es muss darauf geschaut werden, dass die Menschen so viel verdienen, dass sie mit Würde ans Monatsende kommen.“

Sie nennt bewusst keine Zahl, sagt „mit Würde“. Jeder Mensch habe ein Anrecht darauf, mit seinem Lohn leben zu können. Wohnen, Heizen, Strom, Essen, Kleidung, Ansparen eines Notgroschens. Das sollte zumindest drin sein. Ist es aber bei vielen nicht.

Stefan Perini bezeichnet Südtirol offen als „Billiglohnland“. Der Direktor des Arbeitsförderungsinstituts Afi verweist auf die

Zahlen des Landesstatistikamts Astat. Aus denen geht offiziell hervor, dass dem tatsächlich so ist. Das Astat hat die Bruttostundenlöhne 2021 berechnet. Demnach verdienen 53 Prozent der Beschäftigten in der Privatwirtschaft weniger als 13 Euro. 12 Prozent weniger als 9 Euro. Und 3 Prozent sogar weniger als 7 Euro. Mit solchen Einkommen hat man in Südtirol schwer ein Auskommen.

Die Lohnmisere führt mittlerweile zu Debatten im Wochentakt. Die Gewerkschaften verlangen endlich höhere Gehälter, die Unternehmen stimmen dem eher halbherzig zu – und die Politik zögert. Sie liegt selbst über

Kreuz mit den öffentlich Bediensteten, die mehr Geld verlangen. Aber nicht erhalten.

Was also tun? Dieses Magazin hat recherchiert und nachgefragt, was die richtigen Rezepte für höhere Löhne wären. Welche Dinge gehören endlich angegangen? Was ist dringend abzustellen? Und wo gilt es anzusetzen?

Die öffentliche Hand

Beginnen wir bei der Südtiroler Landesverwaltung. „Das Land“, wie es im Volksmund heißt, hat im Wesentlichen drei Hebel in





TITEL

der Hand, um Löhne nach oben zu drücken. Erstens ist es der größte Arbeitgeber in Südtirol. Zweitens ist es der größte Auftraggeber in Südtirol. Und drittens ist es zuständig für Steuern und Förderungen in Südtirol.

Größter Arbeitgeber Land. Mehr als 40.000 Personen arbeiten bei der Landesverwaltung und ihren Satelliten; dazu zählen etwa die Sanität, die Schulen, die Sozialdienste oder die Gemeinden. Ihre Bediensteten warten hart auf die seit Langem zugesicherte Erneuerung der Kollektivverträge und damit auf mehr Geld.

Doch die Verhandlungen stocken – und es wird immer noch über den Vertrag für die Jahre 2022 bis 2024 diskutiert. Dabei ist 2024 beinahe schon rum. Das ist alles andere als vorbildlich.

„DIE MENSCHEN MÜSSEN SO VIEL VERDIENEN, DASS SIE MIT WÜRDE ANS MONATSENDE KOMMEN.“

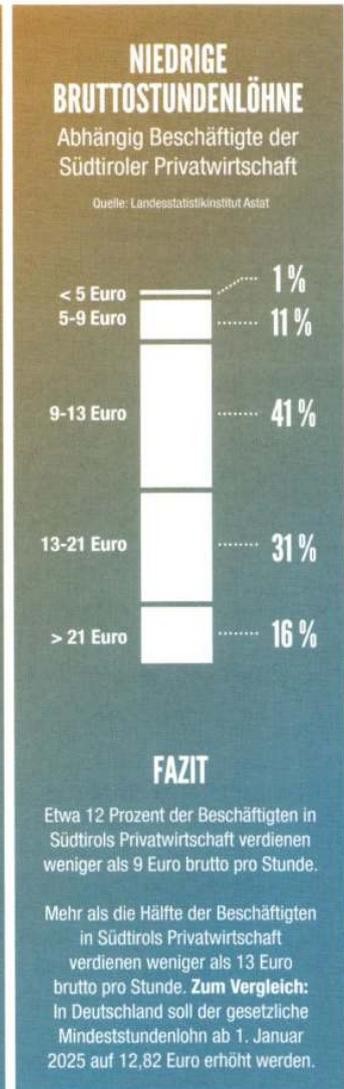
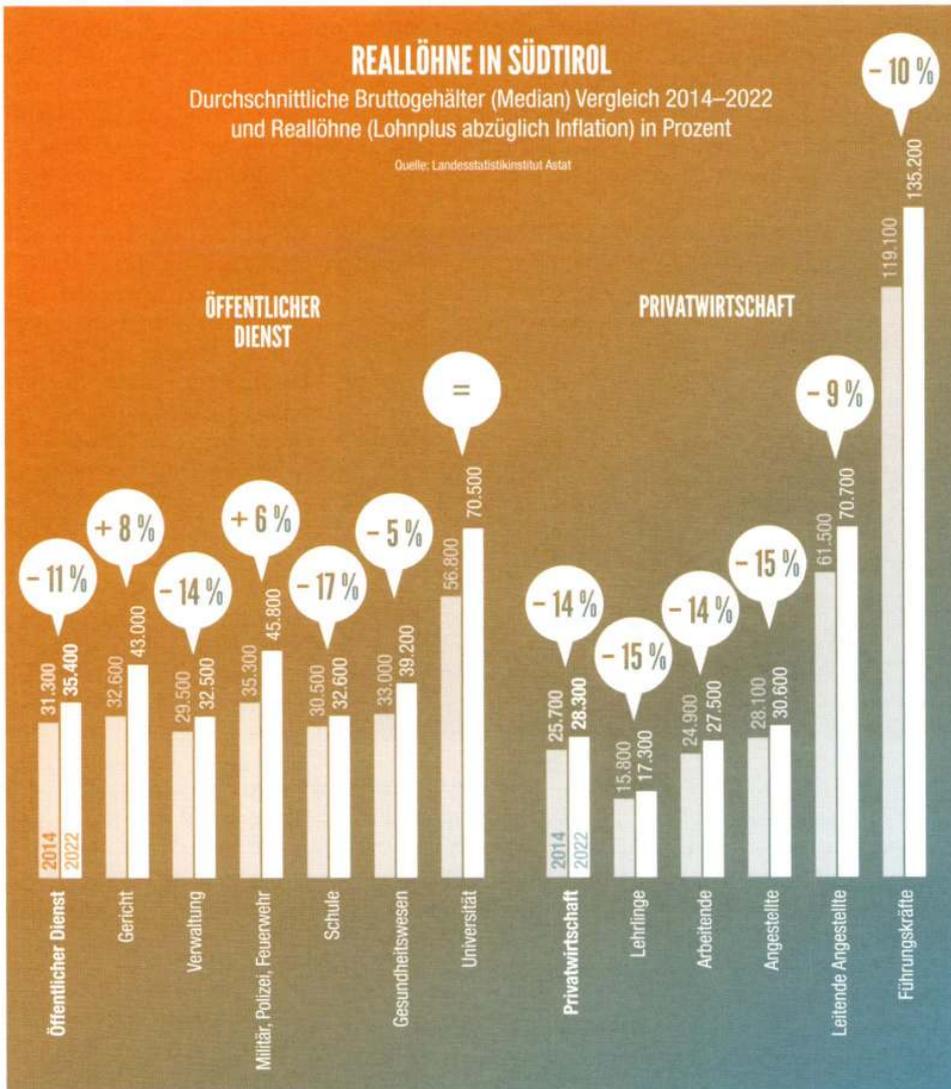
Petra Priller, Schuldnerberatung

Dabei werden Landeshauptmann Arno Kompatscher und die Personallandesrätin Magdalena Amhof nicht müde zu betonen, dass eine Inflationsanpassung der Löhne mehr als überfällig sei.

Amhof: „Angemessene Löhne sind die Voraussetzung, um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben und das Personal für die vielfältigen

Dienste der Landesverwaltung sicherzustellen.“

Das wird nicht ganz leicht werden. Denn die Zahlen des Astat belegen: In der öffentlichen Verwaltung ist die Jahresbruttoentlohnung von 2014 bis 2022 zwar um 13 Prozent angestiegen. Zieht man davon aber die Inflation des gleichen Zeitraums ab (24 Prozent), ergibt sich ein Gehaltsverlust von 11 Prozent. Die öffentliche Verwaltung macht damit nicht





HOTELLERIE

36.900 €

Reallohn:
+ 1 %

Entwicklung des Reallohns (Lohnplus minus Inflation) 2014–2023

AUTOZULIEFERUNG

51.100 €

Reallohn:
- 4 %

Entwicklung des Reallohns (Lohnplus minus Inflation) 2014–2023

LOGISTIK

37.300 €

Reallohn:
- 24 %

Entwicklung des Reallohns (Lohnplus minus Inflation) 2014–2023

Fotos: Alexander Alber

gerade die beste Figur. Wenn sogar das Land derart säumig ist, warum sollen sich dann die Unternehmen der Privatwirtschaft ärger ins Zeug legen? (Was einige von ihnen durchaus tun und mit ordentlichen Betriebsabkommen für mehr Geld in den Taschen ihrer Leute sorgen.)

In Südtirol haben wir um rund 20 Prozent höhere Lebenshaltungskosten als im restlichen Italien. Die Löhne sind zwar auch höher, aber nur um 7 Prozent. Das bedeutet, hierzulande kann man sich mit seinem Gehalt deutlich weniger leisten als etwa in Florenz oder Turin.

Das hat Folgen: Vor allem junge Menschen verlassen Südtirol, um anderswo – meist im deutschsprachigen Ausland – zu arbeiten. Dort verdient man deutlich mehr und die Lebenshaltungskosten sind ähnlich hoch, manchmal sogar niedriger. Schätzungen gehen davon aus, dass jedes Jahr an die 1.500 Leute wegziehen; von diesen kehren nur wenige jemals wieder zurück.

Die Landesverwaltung müsste in so einer Situation mutig vorangehen, sagt etwa Afi-Direktor Perini. Es brauche besser dotierte Zulagen, mehr Tatendrang und am Ende mehr Geld in der Lohntüte öffentlich Bediensteter. Nur so könne das Land wieder ein attraktiver Arbeitgeber werden.

Größter Auftraggeber Land. Im Jahr 2023 haben die öffentlichen Verwaltungen Südtirols Aufträge im Wert von 2,1 Milliarden Euro vergeben. Das ist eine Menge Geld und entspricht ungefähr einem Viertel des Landeshaushalts. Beauftragt werden etwa Straßenbauarbeiten, Lieferungen an Krankenhäuser oder Dienste von Reinigungsfirmen.

Das ist schön und gut. Aber gerade in Branchen wie Reinigung, Catering, Abfallwirtschaft oder Pflege werden unterdurchschnittliche Löhne bezahlt. Gar einige EU-Länder halten mit Mindestlöhnen dagegen: Sie sollen garantieren, dass sich das Arbeiten gerade in solchen Sektoren lohnt. In Italien wollten



TITEL

PD und Fünf Sterne einen Mindestlohn einführen.

Die Rechts-rechts-Regierung unter Giorgia Meloni schmetterte das Ansinnen ab. Die Gehälter, so ihre Argumentation, solle man die Sozialpartner aushandeln lassen. Ohnehin habe man in Italien „eine 80-prozentige Abdeckung mit Tarifverträgen“. Welcher Art diese Tarifverträge zum Teil sind, Stichwort „Piratenverträge“, ließ die Regierung offen.

Mehreren italienischen Städten ist das zu wenig. Daher haben La Spezia, Livorno oder Florenz in den vergangenen Monaten einen „Gemeinde-Mindestlohn“ eingeführt. Sie vergeben Aufträge nur noch an Unternehmen, die den repräsentativsten Kollektivvertrag der Branche anwenden. Und auf jeden Fall

„DAS BRUTTO MUSS HINAUF, BEI UNVERÄNDERTEN SOZIALABGABEN. DAMIT ALLE ETWAS DAVON HABEN.“

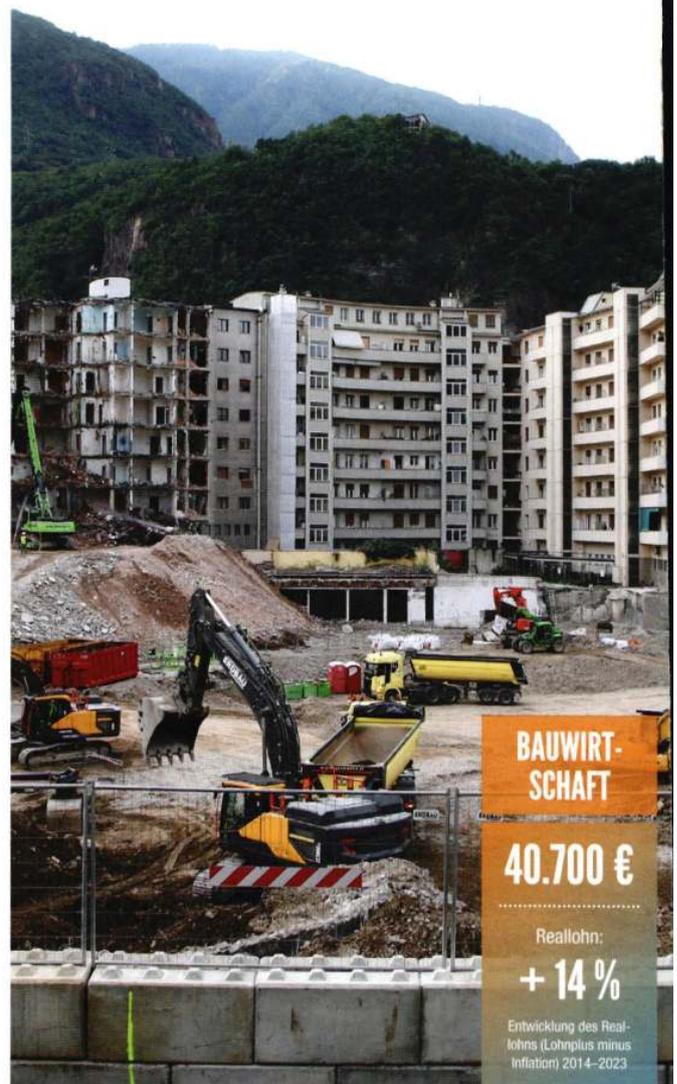
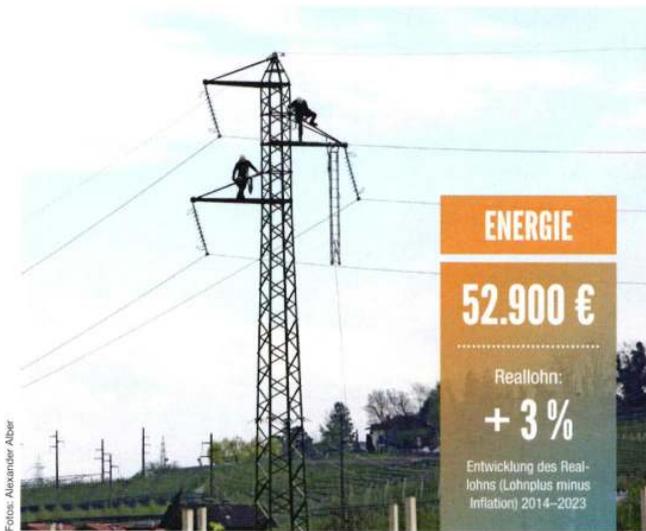
Afi-Direktor Stefan Perini

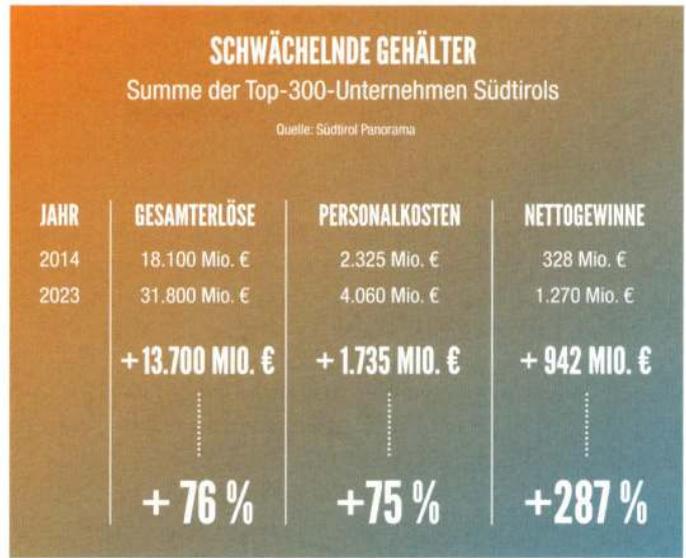
einen Mindestlohn von 9 Euro brutto pro Stunde gewährleisten.

Es handle sich um eine Maßnahme „zur Sicherung der Menschenwürde“, sagt Dario Danti, der zuständige Stadtrat für Arbeit in Florenz. Nie wieder solle jemand, der für die Stadt eine Arbeit oder einen Dienst erledigt, weniger als 9 Euro pro Stunde verdienen.

Das Modell müsse auch in Südtirol Schule machen, fordert Stefan Perini. Hierfür solle die Stelle für öffentliche

Ausschreibungen beim Land um fünf Personen aufgestockt werden. Die mehr als 70.000 Unternehmen, die bereits registriert sind, müssten geprüft und zertifiziert werden. Und zwar nicht bei jedem Auftrag, sondern indem man sie grundsätzlich akkreditiert, weil sie in Ordnung sind – etwa in Sachen Justiz,





Sozialbeiträge oder Kollektivverträge und Mindestlöhne. Dies würde viel an Bürokratie ersparen und für mehr Fairness an der Lohnfront sorgen.

Steuern und Förderungen. Vor der Landtagswahl 2023 forderten Südtirols Gewerkschaften ein territoriales Lohnelement von 150 Euro brutto. Erhalten sollten es die Beschäftigten jener Sektoren in der Privatwirtschaft, die nur einen staatlichen Tariflohn anwenden. Und damit für Südtiroler Verhältnisse viel zu wenig verdienen. Noch einmal zur Einordnung: Hierzulande gibt es zwar durchschnittlich um 7 Prozent höhere Löhne, aber auch um 20 Prozent höhere Lebenshaltungskosten als im restlichen Italien.

Die Arbeitgeberverbände standen dem Vorhaben „territoriales Lohnelement von 150 Euro brutto“ skeptisch gegenüber. Jeder Sektor bringe spezifische Anforderungen mit sich, ließen sie verlauten. Man müsse zwischen großen und kleinen

Betrieben unterscheiden. Und überhaupt: Eine bereichsübergreifende Vereinbarung würde die Wettbewerbsfähigkeit der Südtiroler Unternehmen gefährden.

Sollte dem tatsächlich so sein, könnte das Land hier ein wenig nachhelfen: Wer seiner Belegschaft zusätzliche Lohnelemente in einer bestimmten Größenordnung ausbezahlt, kommt in den Genuss von höheren Förderungen – oder von geringeren Steuern.

Konkretes Beispiel ist die Wertschöpfungssteuer Irap. Südtirol leistete sich in den vergangenen Jahren den Luxus, für seine Unternehmen einen verminderten Steuersatz anzuwenden. Damit soll nun Schluss sein. Künftig müssen Unternehmen den normalen Steuersatz zahlen. Außer sie erfüllen bestimmte Auflagen, die das Land erst noch definieren wird.

Momentan läuft es auf eine Irap-Reduzierung auf breiter Basis hinaus, sagt Stefan Perini. Betriebe, die ein Abkommen geschlossen haben, egal zu welchen Bedingungen, sollen demnach in den Genuss eines verminderten Steuersatzes kommen. Damit könne man aus Angestelltensicht nicht zufrieden sein. Auch hier fordert der Afi-Direktor „mehr Mut“ seitens der Landespolitik. Damit nur jene Unternehmen in den Genuss von Steuererleichterungen kommen, die sich das auch verdienen.

Die Unternehmen

Den allermeisten Betrieben im Land geht es gut. „Südtirols Wirtschaft“, sagt etwa Luciano Partacini, „ist sehr wettbewerbsfähig und krisenresistent.“ Partacini leitet das Amt für Wirtschaftsinformation beim Wifo der Handelskammer.

Untermuert wird diese Aussage von den Bilanzdaten der 300 umsatzstärksten Unternehmen des Landes (siehe Südtirol Panorama 2/2024). Sie erzielten 2023 Gesamterlöse in Höhe von 31,8 Milliarden Euro. Das ist im Vergleich zu 2014 ein Plus von 76 Prozent.

Noch besser lief es für diese Betriebe in Sachen Nettogewinne. Sie stiegen seit 2014 um 287 Prozent auf insgesamt 1.270 Millionen Euro. Das kann sich sehen lassen.



TITEL

Nicht ganz so üppig kletterten die Personalkosten nach oben. Die Top-300-Unternehmen wendeten 2023 rund 4 Milliarden Euro dafür auf, ein Plus von 75 Prozent seit 2014.

Man kann also sagen: Während die Gewinne der Unternehmen überproportional steigen, entwickeln sich die Löhne im Gleichschritt mit den Umsätzen.

Es tut sich eine Schere auf, die die Angestellten immer stärker spüren. Während ihre Löhne real sogar geringer werden (siehe Grafiken), werden die Einkommen ihrer Cheftäten ständig üppiger. Das führt zu einer Schieflage bei der Verteilung der Einkommen, die zunehmend größer wird.

Dabei müsste es in einem Land, in dem Vollbeschäftigung herrscht, eigentlich so sein, dass alle von ihrem Lohn leben können. Dem ist nicht so. Und es gibt Anzeichen dafür, dass die Lage eher schlechter als besser wird.

Für die öffentliche Hand ist das keine gute Nachricht. Denn je ungleicher die Einkommen verteilt sind, desto mehr muss sie mit Sozialleistungen gegensteuern. Das Land muss dann zum Beispiel immer höhere Mietzuschüsse vergeben oder immer mehr Familiengeld ausbezahlen. Das setzt den eh schon strapazierten Sozialhaushalt zusätzlich unter Druck.

Viele Südtiroler Unternehmen könnten ihren Belegschaften höhere Löhne gewähren. Natürlich gibt es auch Ausnahmen, denn es gibt Betriebe, die nicht so gut arbeiten, oder Betriebe, die in wenig profitablen Branchen tätig sind.

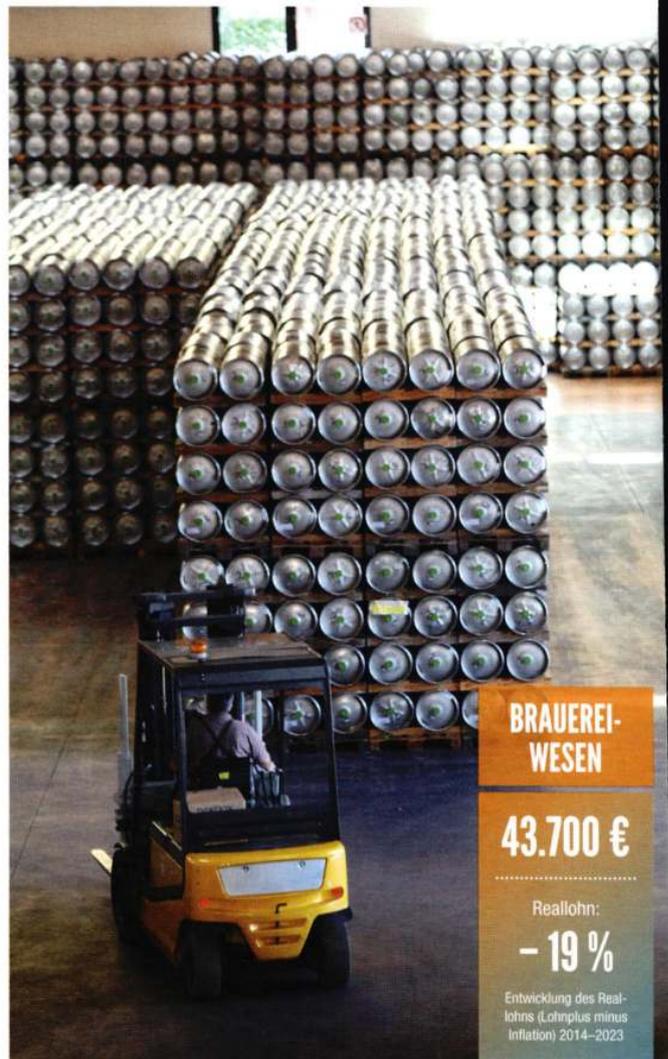
Wifo-Forscher Partacini sagt, wenn die Produktivität stimmt, dann könne ein Unternehmen auch entsprechende Löhne auszahlen. Produktivität meint die Wertschöpfung pro Arbeitskraft. Je höher sie ist, desto höhere Gehälter sind möglich.

Das ist von Sektor zu Sektor unterschiedlich, in der Landwirtschaft etwa ist die Produktivität weitaus geringer als etwa in der Energieproduktion oder im Finanzwesen. „Langfristig“, sagt Partacini, „können Lohnerhöhungen nur über die Produktivität abgedeckt werden.“

Statt die Gehälter nach oben zu schrauben, verlegen sich Arbeitgeberverbände und Unternehmer oft lieber auf eine andere Vorgehensweise: Sie fordern mehr Netto vom Brutto. Arbeit müsse geringer besteuert werden, damit mehr vom Lohn bei den Menschen ankommt.

Klingt gut, ist aber leicht als billige Strategie zu durchschauen: Um nicht mehr Lohn zahlen zu müssen und trotzdem sympathisch rüberzukommen, soll doch die öffentliche Hand auf Geld verzichten. „Eine Gehaltserhöhung“, sagt Afi-Chef Perini, „geht bei mehr Netto vom Brutto auf Kosten der Allgemeinheit.“

Denn mit den Steuern und Abgaben, die über die Löhne hereingeholt werden, finanzieren Staat und Land Sozialleistungen wie Renten, Arbeitslosengeld oder auch Schulen und Krankenhäuser. Die öffentlichen Kassen sind ohnehin schon klamm. Daher sagt Perini ganz unverblümt: „Das Brutto muss hinauf, bei unveränderten Sozialabgaben. Damit alle etwas davon haben.“



Fotos: Alexander Albers



Die Beschäftigten

Südtirol ist ein Land, in dem Vollbeschäftigung herrscht. Drei Viertel der Menschen zwischen 15 und 64 sind erwerbstätig, die Arbeitslosenquote liegt unter 2 Prozent. In vielen Bereichen herrscht ein Mangel an Arbeits- und Fachkräften.

Das wären für die Beschäftigten eigentlich ideale Voraussetzungen, um höhere Gehälter für sich einzuhandeln. Doch dem ist nicht so. Einer der Gründe dafür liegt in der Betriebstreue vieler Angestellter. Sie arbeiten lange Jahre für ein und denselben Betrieb, große Gehaltssprünge sind damit kaum machbar. Wer hingegen wechselt, tut sich damit wesentlich leichter.

Wechselwillige machen jedoch oft den Fehler, um Nettolöhne zu feilschen. Sie sagen beispielsweise: „Ich arbeite schon in deinem Betrieb, aber ich will 1.800 Euro netto.“ Der Arbeitgeber antwortet, okay, aber wenn zu arbeiten ist, dann musst

du da sein. Und bei 55 Arbeitsstunden in der Woche sind 1.800 Euro netto gar nicht so viel, wie man meinen möchte.

Außerdem fallen mit einer solchen Nettoregelung auch alle Zusatzleistungen weg, die es vonseiten der öffentlichen Hand immer wieder gibt. Der Arbeitgeber kann sie in so einem Fall selbst einstreichen mit der Begründung: „Wir haben ja 1.800 Euro netto ausgemacht. Und nicht mehr.“

Verhandelt werden sollte also immer über Bruttolöhne. Sie enthalten die Sozialversicherungsbeiträge, die zu zwei Dritteln vom Arbeitgeber und zu einem Drittel von der Arbeitnehmerin bezahlt werden. Damit wird deren Altersrente finanziert. Und über die Einkommensteuer Irpef bleibt der Sozialstaat am Laufen. Und so ein Sozialstaat kommt der Allgemeinheit zugute, etwa über die Kinderbetreuung oder das Pflegegeld.

Ein weiterer Grund für die niedrigen Löhne in Südtirol ist das weit verbreitete Einzelkämpfertum. Ganz nach dem Motto „Allein ist man stark“ verhandeln Herr und Frau Südtiroler lieber individuell mit dem Arbeitgeber anstatt in der Gruppe. Das mag gut für einzelne Fachkräfte sein, das allgemeine Gehaltsniveau bleibt dadurch aber gering.

Diese Mentalität führt ebenso dazu, dass sich große Proteste oder Arbeitskämpfe nur schwer organisieren lassen. Die meisten Leute in Südtirol sind eher konfliktscheu. Bevor sie auf die Straße gehen und streiken, muss schon viel passieren. Dadurch bleibt der Druck auf Unternehmen und Arbeitgeberverbände gering.

Höhere Löhne sind für alle wichtig

Wird nichts unternommen, um das Gehaltsniveau in Südtirol zu steigern, bekommen immer mehr Familien Probleme, über die Runden zu kommen. Das führt unweigerlich zu einer größeren Belastung des Sozialhaushaltes des Landes. Dabei steht der ohnehin unter Druck.

Diese Familien, aber auch Einzelpersonen und Unternehmen werden sich in der Folge immer schwerer tun. Denn mit sinkender Kaufkraft sinkt auch der Konsum, die Menschen kaufen weniger ein, die Unternehmen können ihre Produkte nicht mehr absetzen. Ein Teufelskreis, dem man nur schwer wieder enttrinnt.

Immer mehr Fach- und Arbeitskräfte wandern ab, vor allem ins deutschsprachige Ausland, aber auch in Richtung Süden, wo die Lebenshaltungskosten wesentlich geringer sind als in Südtirol. Dadurch fehlen uns immer mehr Leute, die die Arbeit tun, auf die wir angewiesen sind. Außerdem zahlen immer weniger Leute in unser Sozialsystem ein, das belastet wiederum den Sozialhaushalt und die Rentenkassen.

Am Ende bedeuten geringe Löhne also eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes Südtirol. Und eine solche kann niemand ernsthaft wollen. ■



Sie wollen mehr zu diesem Thema wissen?

Dann hören Sie sich den aktuellen Podcast der ff an.

